

Erklärung: Alarmierende Eskalation der staatlichen Repression in Simbabwe im Vorfeld des 44. SADC-Gipfels

Menschenrechts- und zivilgesellschaftliche Organisationen auf dem gesamten afrikanischen Kontinent sind zutiefst besorgt über die starke Einschränkung des öffentlichen Raums und die systematische Aushöhlung der Grundfreiheiten in Simbabwe. Die jüngste Eskalation der staatlich geförderten Repression, die durch Entführungen, willkürliche Verhaftungen und ungerechtfertigte Verweigerung von Kautionen, Folter und Schikanen gegen Menschenrechtsaktivist:innen und politische Oppositionelle gekennzeichnet ist, stellt einen zutiefst beunruhigenden Trend dar. Dieses repressive Umfeld ist besonders besorgniserregend im Vorfeld des 44. Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der SADC, das für den 17. August 2024 geplant ist. Sie stellt einen direkten Angriff auf die Grundrechte der Bürger:innen Simbawwes und einen ungeheuerlichen Verstoß gegen demokratische Grundsätze und internationale Standards dar.

Das jüngste brutale Vorgehen gegen die Nationale Studentengewerkschaft Simbawwes (ZINASU) ist ein Beispiel für diese eskalierende Unterdrückung. Am Mittwoch, dem 24. Juli, versammelten sich die Studenten der ZINASU in Harare friedlich zu ihrer jährlichen Generalversammlung, als bewaffnete Polizisten in Einsatzkleidung das nationale Ausbildungszentrum der ZESA stürmten. Die Polizei löste die Versammlung gewaltsam auf, schlug die unbewaffneten Student:innen zusammen und verhaftete mehrere Teilnehmende, was zu zahlreichen Verletzungen führte. ZINASU, der Dachverband der simbabwischen Hochschulstudent:innen, setzt sich für den Schutz der Studierenden vor Ausbeutung und Unterdrückung, die Verteidigung der akademischen Freiheiten und Rechte und die Förderung der Demokratie ein.

Dies ist kein Einzelfall, sondern vielmehr Teil eines umfassenderen und zutiefst beunruhigenden Musters von Einschüchterung, willkürlichen Verhaftungen und Schikanie von zivilgesellschaftlichen Gruppen und der Opposition. Derzeit befinden sich mehr als 77 Demokratie-Aktivist:innen in Untersuchungshaft. Das Oberste Gericht verweigerte ihnen die Freilassung auf Kaution, nachdem sie wegen einer friedlichen Versammlung in einem Privathaus in Harare festgenommen worden waren. Unter den Inhaftierten befinden sich Kinder, ältere Männer und Frauen, von denen einige in der Haft schwer geschlagen und gefoltert wurden. Zuvor war der Oppositionspolitiker Job Sikhala von Juni 2022 an 595 Tage lang inhaftiert, wobei ihm häufig die Freilassung gegen Kaution verweigert wurde, er in Fußfesseln und in Einzelhaft gehalten wurde und ihm häufig der

Zugang zu seinem Anwalt und seinen Angehörigen verwehrt wurde. Obert Masaraure, der Vorsitzende der Amalgamated Rural Teachers Union of Zimbabwe (ARTUZ), war ebenfalls Gegenstand zahlreicher langwieriger Strafverfahren und Untersuchungshaft und wurde kürzlich wegen Behinderung der Justiz verurteilt, weil er sich mit einem Tweet mit einem verhafteten Kollegen solidarisiert haben soll. Die Justiz und die Strafverfolgungsbehörden werden zur Verfolgung politischer Gegner instrumentalisiert, was eine alarmierende Eskalation der innenpolitischen Unterdrückung bedeutet.

Darüber hinaus ist ein beunruhigender Anstieg der außergerichtlichen Tötungen zu verzeichnen, die Teil der staatlich sanktionierten Gewalt gegen Aktivisten sind. Nach den umstrittenen Wahlen im August 2023 wurden mehrere Oppositionsmitglieder entführt, gefoltert und getötet, darunter der politische Aktivist Tapfumaneyi Masaya, der am 12. November 2023 entführt, gefoltert und ermordet wurde. Diese Vorfälle verdeutlichen die anhaltenden Ungerechtigkeiten gegenüber wehrlosen Bürger:innen und die unaufhaltsame Beschneidung des demokratischen Raums. Die jüngsten Morddrohungen des simbabwischen Informationsministers Jenfan Muswere, der die Opposition und zivilgesellschaftliche Organisationen beschuldigte, Chaos und subversive Aktivitäten zu planen, verstärken die Ängste zusätzlich. Die Äußerungen von Präsident Mnangagwa, der vor "abtrünnigen Elementen" warnte, die im Vorfeld des SADC-Gipfels zu Unruhen anstiften, unterstreichen die Absicht des Staates, abweichende Meinungen zu unterdrücken.

Am 31. Juli 2024 wurden der pro-demokratische Aktivist Namatai Kwekweza, der Gewerkschafter Robson Chere sowie die ehemaligen Ratsmitglieder und Oppositionellen Samuel Gwenzi und Vusumuzi Moyo von mutmaßlichen Sicherheitsbeamten aus einem Inlandsflug nach Victoria Falls, wo sie an einem Workshop der Zivilgesellschaft teilnehmen wollten, herausgeholt und festgenommen. Mindestens acht Stunden lang wurden sie ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten, ihr Aufenthaltsort war weder der Familie noch den Anwälten bekannt. Als ihre Anwälte sie schließlich erreichten, war Robson Chere sichtlich gefoltert worden und litt unter großen Schmerzen. In den Gesprächen mit ihren Anwälten berichteten sie alle, dass sie gefoltert und grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung und Bestrafung ausgesetzt waren. Sie wurden nun absurderweise wegen ungebührlichen Verhaltens an einem öffentlichen Ort angeklagt.

Wir erinnern die Regierung Simbabwes an ihre Verpflichtungen nach Artikel 4 des SADC-Vertrags, der die Mitgliedstaaten verpflichtet, nach den Grundsätzen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit zu handeln. Abschnitt 44 der simbabwischen Verfassung schreibt die Achtung, den Schutz, die Förderung und die Verwirklichung der in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankerten Rechte und Freiheiten vor, einschließlich des Rechts auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, wie in Abschnitt 58 festgelegt. Diese Rechte sind auch im internationalen Recht und in mehreren verbindlichen regionalen Instrumenten verankert, darunter Artikel 10 und 11 der Afrikanischen Charta.